



AMTSBLATT

der Stadt Mönchengladbach

Nr. 5

Jahrgang 44
28. Februar 2018

Der Oberbürgermeister gibt bekannt:

Dreiundzwanzigster Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung

vom 15. Februar 2018

Auf Grund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) – SGV. NRW. 2023 –, und des § 11 der Hauptsatzung der Stadt Mönchengladbach vom 28. Juni 1995 (Abl. MG S. 156), zuletzt geändert durch den Vierundzwanzigsten Nachtrag vom 21. Dezember 2017 (Abl. MG S. 313), wird gemäß Beschluss des Rates der Stadt Mönchengladbach vom 15. Februar 2018 folgender Dreiundzwanzigster Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung vom 19. September 1994 (Abl. MG S. 247), zuletzt geändert durch den Zweiundzwanzigsten Nachtrag vom 21. Dezember 2017 (Abl. MG S. 313), erlassen:

Artikel 1

Die Überschrift „§ 12 Umweltausschuss“ wird durch die Überschrift „§ 12 Umwelt- und Feuerwehrausschuss“ ersetzt.

Artikel 2

Dieser Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Nachtrag wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen nach § 7 Abs. 6 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird hingewiesen. Diese Vorschrift hat folgenden Wortlaut:

„Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer

Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.“

Mönchengladbach, den 15. Februar 2018

Hans Wilhelm Reiners
Oberbürgermeister

Zwölfter Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach

vom 15. Februar 2018

Auf Grund des § 47 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) – SGV. NRW. 2023 –, wird gemäß Beschluss des Rates der Stadt Mönchengladbach vom 15. Februar 2018 folgender Zwölfter Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach vom 28. Juni 1995 (Abl. MG S. 160), zuletzt geändert durch den Elften Nachtrag vom 18. Oktober 2017 (Abl. MG S. 209), erlassen:

Artikel 1

§ 12 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Es werden alle öffentlichen Sitzungen des Rates auf der Internetseite der Stadt Mönchengladbach (www.moenchengladbach.de) in Echtzeit (sog. Livestream) übertragen und dort zum nachträglichen Abruf (sog. On-Demand-System) gespeichert. Die archivierten Daten werden nach Ablauf von 90 Tagen nach der jeweiligen Ratssitzung gelöscht. Rechte Betroffener werden – insbesondere durch Einholung entsprechender Einwilligungen – gewahrt. § 14 Abs. 1 findet keine Anwendung.“

Artikel 2

Dieser Nachtrag tritt mit der Beschlussfassung durch den Rat in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Nachtrag wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen nach § 7 Abs. 6 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird hingewiesen. Diese Vorschrift hat folgenden Wortlaut:

„Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechts-

vorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.“

Mönchengladbach, den 15. Februar 2018

Hans Wilhelm Reiners
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung über Vorarbeiten im Sinne des § 44 EnWG zur geplanten Erdgasleitung ZEELINK, Planfeststellungsabschnitt Regierungsbezirk Düsseldorf in den kommenden Wochen

Die ZEELINK Erdgasleitung, die Voraussetzung für die Umstellung von L-Gas auf H-Gas ist, startet an der belgischen Grenze bei Aachen und endet im Westmünsterland bei Legden. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der Thyssengas GmbH und der Open Grid Europe GmbH, die die Bau- und Betriebsaktivitäten in der Zeelink GmbH & Co. KG (Essen) gebündelt haben.

Mit der Errichtung dieser Erdgasleitung mit einem Durchmesser von rd. 1 Meter (DN 1000) ist die Open Grid Europe GmbH beauftragt worden.

Der Bau und Betrieb einer solchen Erdgasleitung bedarf gemäß § 43 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) der Planfeststellung. Für die Erstellung des erforderlichen Planwerkes sind verschiedene Vorarbeiten im Sinne des § 44 EnWG durchzuführen. Zu diesen Vorarbeiten gehören u.a. Kampfmittelerkundungen, geologische Baugrund- und archäologische Untersuchungen. Von den Vorarbeiten sind einzelne Grundstücke entlang der voraussichtlichen Trasse betroffen. Die Vorarbeiten im Bereich der Stadt Mönchengladbach werden voraussichtlich bis zum Jahresende abgeschlossen sein.

Die hier genannten Vorarbeiten werden durch beauftragte Unternehmen durchgeführt. Die Unternehmen sind angewiesen, erforderliche Betretungen der Grundstücke äußerst schonend auszuüben. Etwaige durch die Vorarbeiten entstehende unmittelbare Vermögensnachteile, insbesondere Flurschäden, werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durch die Zeelink GmbH & Co. KG entschädigt.

Mit diesen Vorarbeiten wird nicht über den Bau der geplanten Erdgasleitung entschieden.

Sollten Sie Rückfragen zu den Vorarbeiten haben, finden Sie eine kurze Beschreibung der Tätigkeiten auf www.zeelink.de. Sie können sich aber auch gerne an die folgende Mail-Adresse wenden vorarbeiten@zeelink.de.

Die Kampfmitteluntersuchung wird durch die zuständige Bezirksregierung Dezernat

Kampfmittelräumung 22, Bezirksregierung Düsseldorf ausgeführt.

Bei Rückfragen zu den geologischen Baugrunduntersuchungen wenden Sie sich bitte an:

Ingenieurgesellschaft für Bauwesen,
Geologie und Umwelttechnik mbH
Dr. Spang
Rosi-Wolfstein-Straße 6
58453 Witten
Tel.: +49 / (0) 2302 / 91402 – 0
Fax: +49 / (0) 2302 / 91402 – 20
Mail: zentrale@dr-spang.de
<http://www.dr-spang.de>

Die archäologischen Prospektionen werden durch das Unternehmen ausgeführt:

archaeologie.de
Drususstraße 4
47441 Moers
Tel.: 02841-3675221
Mail: u.becker@archaeologie.de
www.archaeologie.de

Bei allgemeinen Rückfragen zu dem Vorhaben wenden Sie sich bitte an die Open Grid Europe / ZEELINK Kommunikation:

Helmut Roloff
Tel.: 0201 / 3642 12613
Helmut.Roloff@open-grid-europe.com

Eugen Ott
Tel.: 0201 / 3642 12513
Eugen.Ott@open-grid-europe.com

Mönchengladbach, den 19.02.2018
Fachbereich Geoinformation
Im Auftrag

gez. Rüdiger Zachert
Ltd. Stadtvermessungsdirektor

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Schule und Sport –, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Ort der Leistung:
Gesamtschule Espenstraße, Espenstr.21, 41239 Mönchengladbach

Art und Umfang der Leistung:
Lieferung und Montage eines Brennofens sowie Entsorgung des alten Brennofens

Aufteilung in Lose:
Nein

Ausführungsfrist:
nach Auftragsvergabe

Fachliche Auskunft erteilt:
Frau Lambert, FB Schule und Sport, Tel. 02161/25-53752, Fax -3716, E-Mail: Ursula.Lambert@moenchengladbach.de
Frau Coenen-Berche, FB Schule und Sport, Tel. 02161/25-53731, Fax -3716

E-Mail: Elodie.Coenen-Berche@moenchengladbach.de

Die Angebotsunterlagen sind erhältlich und einzusehen ab sofort auf dem Vergabemarktplatz Rheinland (vmp-rheinland.de) unter der Vergabenummer „40.20-2018-001“.

Ablauf der Angebotsfrist:
06.03.2018, 12:00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:
Fachbereich Personal, Organisation und IT,
Wilhelm-Strauß-Str. 50-52 Zimmer 22,
41236 Mönchengladbach
- schriftlich

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärung gem. Ziffer 8 des Angebotsschreibens (EVM (L) Ang) zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.

Die Erteilung des Auftrages wird von folgendem Nachweis abhängig gemacht:

- CE-Zeichen

Zuschlagskriterien:
80 % Preis, 10 % Garantie, 10% Energieeffizienz

Die Angebotswertung erfolgt:

- zu 80 % nach Gebotspreis: niedrigster Preis: 80 Punkte, ein davon ausgehend doppelt so hoher Preis: 0 Punkte, dazwischen liegende Preise werden interpoliert.
- zu 10 % Garantie:

Längste Garantiegewährung: 10 Punkte, Garantie von 24 Monaten oder geringer: 0 Punkte, dazwischen liegende Garantiegewährungen werden interpoliert.
-zu 10% Energieeffizienz:
Niedrigster Verbrauchswert: 10 Punkte, doppelt so hoher oder höher Verbrauchswert 0 Punkte, dazwischen wird interpoliert

Bindefrist:
30 Kalendertage – 05.04.2018

Mit der Abgabe eines Angebots unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. § 19/§22 EG VOL/A.
Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen (VOL).

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Fachbereich Schule und Sport –

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Schule und Sport, Abteilung Sport –, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Ort der Ausführung:

Modernisierung Sportanlage Radrennbahn: Neubau Funktionsgebäude

Art und Umfang der Leistung:

Gerüstbau
480 m² Arbeits- und Schutzgerüst Lastklasse 3, Belagsbr. W09, 3840 m²Wo Vorhaltung Arbeits-Schutzgerüst, 10 m² Standgerüst umsetzen, 10 m² Gerüstteile zeitweilig abbauen, 221 m Systemkonsolen 0,3m, 1340mWo Systemkonsolen 0,3m vorhalten, 107 m Systemkonsolen 0,6m vorhalten, 107 m Gerüstteile zeitweilig umbauen, 5m dreiteiliger Seitenschutz, 20 mWo Seitenschutz vorhalten, 10 m systemfreie Gitterträger, 60 mWo Systemfreie Gitterträger vorhalten, 2 St. Podesttreppe, 16 StWo Podesttreppe vorhalten, 2 St Gerüstfeld für Dachaufstieg, 16 StWo Gerüstlage für Dachaufstieg vorhalten

Ausführungsfrist:

19.03.2018 – 23.03.2018

Nebenangebote werden zugelassen:

Nein

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Knecht, Telefon: 02161/25-53932

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabepattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-052.

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

08.03.2018, 10.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 08.03.2018, 10.30 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich.

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagsfrist:

07.04.2018

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zu VOB/A § 12 Abs. 1 Nr. 2 w): Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 34 –, Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Schule und Sport, Abteilung Sport –, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Ort der Ausführung:

Modernisierung Sportanlage Radrennbahn: Neubau Funktionsgebäude

Art und Umfang der Leistung:

Dachdecker-/Klempnerarbeiten
Erstellung Montage- und Verlegeplan, Windsogberechnung, 604m² Reinigung Dachfläche, Haftgrund, Dampfsperre verschweißt, Wärmedämmung aus Hartschaumplatten, Gefälledämmung aus Hartschaumplatten, Abdichtungslage FPO-Dachbahn, 107m Zuschnitt Traufblech, Traufabschluss, Dachrinne halbrund, Rinnen Traufstreifen, Einhangstützen, Laub- und Schmutzfänger, 6,60m Regenfallrohr DN 100, 6 St Standrohr, 6 St. prov. Entwässerungsleitung, 5 St Strangentlüfter DN 100, 5 St., Entlüfter Raumabluft DN 100, Anschluss Dachdurchdringungen, 1 St Bekleidung Kaminkopf, 6 St Blitzableiterdurchführung Traufe, Absturzsicherung Dach

Ausführungsfrist:

26.03.2018 – 13.04.2018

Nebenangebote werden zugelassen:

Nein

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Knecht, Telefon: 02161/25-53932

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabepattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-053.

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

08.03.2018, 11.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 08.03.2018, 11.30 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich.

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagsfrist:

07.04.2018

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zu VOB/A § 12 Abs. 1 Nr. 2 w): Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 34 –, Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Schule und Sport, Abteilung Sport –, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Ort der Ausführung:

Modernisierung Sportanlage Puffkohlen
Bau eines Kunststoffrasenspielfeldes

Art und Umfang der Leistung:

Los 1: Sportplatzbauarbeiten
Los 2: Kunststoffrasenarbeiten

Aufteilung in Lose:

2 Lose

Angebote sind möglich für:

alle Lose

Art und Umfang der einzelnen Lose:

Los 1 Sportplatz- und Landschaftsbauarbeiten:

ca. 1.850 m³ Erdbewegung
ca. 400 m² Finnenbahn
ca. 2.250 m² Pflasterflächen
ca. 2.550 m² Rasenansaat
ca. 1.660 m Drainagen
ca. 480 m Entwässerungsleitungen
ca. 100 m³ Füllkörperrigole
ca. 10.800 m² Vermörtelung
ca. 8.250 m² Unterbau für Kunststoffrasen, Groß- und Kleinspielfeld
ca. 650 m² Unterbau für Sprintstrecke mit Kunststoffbelag

Los 2 Kunststoffrasen und Kunststoffarbeiten:

ca. 7.100 m² Elastikschiicht 30 mm Großspielfeld
ca. 1.150 m² Elastikschiicht Kleinspielfeld
ca. 7.100 m² Kunststoffrasen, gekräuselt mit 20 kg/m² Sand und 4 kg/m² Gummigranulat verfüllt für das Großspielfeld
ca. 1.150 m² Kunststoffrasen, gekräuselt mit 20 kg/m² Sand und 4 kg/m² Gummigranulat verfüllt für das Kleinspielfeld
ca. 650 m² Tragschiicht Kunststoffbelag, Asphalt 2-lagig
ca. 650 m² Kunststoffbelag, 13 mm, Normtyp D

Ausführungsfrist:

30.04.2018 – 14.09.2018

Nebenangebote werden zugelassen:

bei gleichzeitiger Abgabe eines Hauptangebotes

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Knecht, Telefon: 02161/25-53932

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabepattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-068.

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

19.03.2018, 11.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 19.03.2018, 11.30 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Sicherheitsleistung:

3 %

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich.

Über die im Angebotsschreiben enthaltenen Eigenerklärungen (Ziffer 8) hinaus kann die Erteilung des Auftrages von folgenden Nachweisen abhängig gemacht werden:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheinigung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte
- jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte der letzten 3 Jahre
- Angaben zur technischen Ausrüstung für die Durchführung der Leistung
- Angaben zum für die Leistung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personal

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagsfrist:

18.04.2018

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zu VOB/A § 12 Abs. 1 Nr. 2 w): Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 34 –, Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt –

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Straßenbau und Verkehrstechnik, Abteilung Straßen- und Ingenieurbau –, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Art des Auftrages:

Bauftrag

Ort der Ausführung:

Kanalbaufolmaßnahme Grünstraße 2. BA

Art und Umfang der Leistung:

Straßenbauarbeiten

1. Straßenoberbau aufnehmen, laden und entsorgen ca. 700 m².
2. Asphaltbeton herstellen ca. 1.300 m².
3. KG-Anschlussleitungen DN 160 liefern und verlegen ca. 45 m.
4. Frostschuttschicht herstellen ca. 1.300 m².
5. Teer-/Pechhaltige Asphaltsschicht lösen, laden u.entsorgen ca. 175 t.

Aufteilung in Lose:

Nein

Ausführungsfrist:

25 AT

Nebenangebote werden zugelassen:

Nein

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Adams, Telefon: 02161/25-9073

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabeplattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-057.

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

13.03.2018, 11.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 13.03.2018, 11.30 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Sicherheitsleistung:

Keine

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Ta-

riftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich

Die Erteilung des Auftrages kann von folgenden Nachweisen abhängig gemacht werden:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheinigung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte
- jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte der letzten 3 Jahre

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagsfrist:

24.04.2018

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zu VOB/A § 12 Abs. 1 Nr. 2 w): Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 34 –, Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt –

Offenes Verfahren

Die Stadt Mönchengladbach – Gebäude-
management Mönchengladbach
(GMMG) –, 41050 Mönchengladbach, ver-
gibt im Offenen Verfahren

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Ort der Ausführung:

GE Stadtmitte, Neubau Mensa/Forum,
Karl-Fegers-Str. 85

Art und Umfang der Leistung:

Fliesen- und Plattenarbeiten
ca. 120 m² Abdichtung, ca. 330 m²
Bodenfliesen, 280 m² Wandfliesen

Aufteilung in Lose:

Nein

Ausführungsfrist:

14.05.2018 – 29.06.2018

Nebenangebote werden zugelassen:

bei gleichzeitiger Abgabe eines Haupt-
angebotes

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Janke, Telefon 02161/25-8912

Die Angebotsunterlagen sind digital er-
hältlich und einzusehen ab sofort auf der
Vergabepattform www.evergabe.nrw.de
unter der Vergabenummer VI/V-2018-055.

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie
sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –,
41050 Mönchengladbach, Rathaus
Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Ober-
geschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/
25-8014) oder E-mail
Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@
moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

13.03.2018, 10.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 13.03.2018,
10.30 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus
Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Ober-
geschoss, Zimmer 2017, statt.
Bei der Eröffnung der Angebote sind die
Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht
zugelassen (VOB).

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB)
über die Zahlungsweise wird besonders
hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden ge-
fordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Bei-
träge zur Sozialversicherung und zur
Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den
letzten 2 Jahren nach dem Schwarz-

arbeiterbekämpfungsgesetz oder dem
Arbeitnehmerentsendegesetz

- Erfüllung der gewerberechtlichen Vor-
aussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigun-
gen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den
Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht,
Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tar-
iftreue- und Vergabegesetzes Nord-
rhein-Westfalen sowie der §§ 18
(Berücksichtigung sozialer Kriterien)
und 19 (Frauenförderung) Tariftreue-
und Vergabegesetz Nordrhein-West-
falen

Über diese Eigenerklärungen hinaus wer-
den folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde
über die Beantragung der Erteilung eines
Auszuges aus dem Bundeszentralregister
(§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregister-
gesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzu-
legen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige
Bescheinigungen ihres Herkunftslandes
vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivie-
rung der Eigenerklärung erforderlich

Über die im Angebotsschreiben enthalte-
nen Eigenerklärungen (Ziffer 8) hinaus
kann die Erteilung des Auftrages von fol-
genden Nachweisen abhängig gemacht
werden:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheini-
gung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheini-
gung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheini-
gung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheini-
gung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte
- jahresdurchschnittlich beschäftigte Ar-
beitskräfte der letzten 3 Jahre
- Angaben zur technischen Ausrüstung
für die Durchführung der Leistung
- Angaben zum für die Leistung und Auf-
sicht vorgesehenen technischen Per-
sonal

Es werden Eignungsnachweise, die durch
Präqualifizierungsverfahren erworben wer-
den, zugelassen.

Es wird gebeten, die nachfolgende Ver-
pflichtungserklärung auszufüllen und den
nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue
und Mindestentlohnung für Dienst- und
Bauleistungen gem. TVoG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur
gesetzlichen Sozialversicherung und
der gemeinsamen Einrichtung der Tar-
ifvertragsparteien gemäß § 10 Tarift-
reue- und Vergabegesetz Nordrhein-
Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der
Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem
Angebot vorgelegt werden, vom Best-
bieter auf Anforderung durch den Auf-
traggeber innerhalb von 5 Werktagen

vorzulegen. Eine Nichtvorlage inner-
halb der genannten Frist führt zum
Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zuschlagsfrist:

12.05.2018

Zu § 21a VOB/A: Vergabekammer Rhein-
land, Spruchkörper Düsseldorf, Am
Bonneshof 35, 40474 Düsseldorf; Tel.:
0211/475-0; 0211/475-3637; Fax:
0211/475-3989.

Datum der Absendung der europaweiten
Bekanntmachung an das Amt für amtliche
Veröffentlichungen der Europäischen Ge-
meinschaften: 06.02.2018

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Offenes Verfahren

Die Stadt Mönchengladbach – Gebäude-
management Mönchengladbach
(GMMG) –, 41050 Mönchengladbach, ver-
gibt im Offenen Verfahren

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Ort der Ausführung:

GE Stadtmitte, Neubau Mensa/Forum,
Karl-Fegers-Str. 85

Art und Umfang der Leistung:

Estricharbeiten
ca. 920 m² Estrich auf Fußbodenheizung

Aufteilung in Lose:

Nein

Ausführungsfrist:

23.04. – 25.05.2018

Nebenangebote werden zugelassen:

bei gleichzeitiger Abgabe eines Haupt-
angebotes

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Janke, Telefon 02161/25-8912

Die Angebotsunterlagen sind digital er-
hältlich und einzusehen ab sofort auf der
Vergabepattform www.evergabe.nrw.de
unter der Vergabenummer VI/V-2018-064

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie
sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –,
41050 Mönchengladbach, Rathaus
Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Ober-
geschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/
25-8014) oder E-mail
Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@
moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

15.03.2018, 11.00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 15.03.2018, 11.00 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen (VOB).

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich

Über die im Angebotsschreiben enthaltenen Eigenerklärungen (Ziffer 8) hinaus kann die Erteilung des Auftrages von folgenden Nachweisen abhängig gemacht werden:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheinigung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte

- jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte der letzten 3 Jahre
- Angaben zur technischen Ausrüstung für die Durchführung der Leistung
- Angaben zum für die Leistung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personal

Es werden Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben werden, zugelassen.

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVoG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zuschlagsfrist:

14.05.2018

Zu § 21a VOB/A: Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf, Am Bonnheshof 35, 40474 Düsseldorf; Tel.: 0211/475-0; 0211/475-3637; Fax: 0211/475-3989.

Datum der Absendung der europaweiten Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 14.02.2018

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt –

Offenes Verfahren

Die Stadt Mönchengladbach – Gebäudemanagement Mönchengladbach (GMMG) –, 41050 Mönchengladbach, vergibt im Offenen Verfahren

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Ort der Ausführung:

Neubau 6. Gesamtschule
Neubau Klassentrakt Karl-Fegers-Str. 85

Art und Umfang der Leistung:

Estricharbeiten

Aufteilung in Lose:

Nein

Ausführungsfrist:

21. – 25. KW 2018

Nebenangebote werden zugelassen:

bei gleichzeitiger Abgabe eines Hauptangebotes

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Küppers, Telefon 02161/25-8914

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabepattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-069

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

16.03.2018, 11.00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 16.03.2018, 11.00 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen (VOB).

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich

Über die im Angebotsschreiben enthaltenen Eigenerklärungen (Ziffer 8) hinaus kann die Erteilung des Auftrages von folgenden Nachweisen abhängig gemacht werden:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheinigung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte
- jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte der letzten 3 Jahre
- Angaben zur technischen Ausrüstung für die Durchführung der Leistung
- Angaben zum für die Leistung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personal

Es werden Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben werden, zugelassen.

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zuschlagsfrist:

15.05.2018

Zu § 21a VOB/A: Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf, Am Bonnehof 35, 40474 Düsseldorf; Tel.: 0211/475-0; 0211/475-3637; Fax: 0211/475-3989.

Datum der Absendung der europaweiten Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 19.02.2018

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Offenes Verfahren

Die Stadt Mönchengladbach – Gebäudemanagement Mönchengladbach (GMMG) –, 41050 Mönchengladbach, vergibt im Offenen Verfahren

Art des Auftrages:

Bauauftrag

Art der Ausführung:

Neubau 6. Gesamtschule
Neubau Klassentrakt Karl-Fegers-Str. 85

Art und Umfang der Leistung:

Fluchttreppen

Aufteilung in Lose:

Nein

Ausführungsfrist:

09. – 20.04.2018

Nebenangebote werden zugelassen:

bei gleichzeitiger Abgabe eines Hauptangebotes

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Küppers, Telefon 02161/25-8914

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabepattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-070

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

16.03.2018, 12.00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 16.03.2018, 12.00 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen (VOB).

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich

Über die im Angebotsschreiben enthaltenen Eigenerklärungen (Ziffer 8) hinaus kann die Erteilung des Auftrages von folgenden Nachweisen abhängig gemacht werden:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheinigung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte
- jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte der letzten 3 Jahre
- Angaben zur technischen Ausrüstung für die Durchführung der Leistung
- Angaben zum für die Leistung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personal

Es werden Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben werden, zugelassen.

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zuschlagsfrist:

15.05.2018

Zu § 21a VOB/A: Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf, Am Bonnhof 35, 40474 Düsseldorf; Tel.: 0211/475-0; 0211/475-3637; Fax: 0211/475-3989.

Datum der Absendung der europaweiten Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 19.02.2018

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Offenes Verfahren

Die Stadt Mönchengladbach – Gebäudemanagement Mönchengladbach (GMMG) –, 41050 Mönchengladbach, vergibt im Offenen Verfahren

Art des Auftrages:

Bauftrag

Ort der Ausführung:

Gesamtschule Stadtmitte; Karl-Fegers-Str., Aachener Str.

Art und Umfang der Leistung:

MSR-Technik; Titel 1: Bestand Karl-Fegers-Str. 85, Titel 2: Bestand Aachener Str. 179

Aufteilung in Lose:

Nein

Ausführungsfrist:

04.06.18 – 31.08.18 (Einzeltermine nach Angabe Fachingenieur)

Nebenangebote werden zugelassen:

bei gleichzeitiger Abgabe eines Hauptangebotes

Fachliche Auskunft erteilt:

Herr Gluth, Telefon 02161/25-8971

Die Angebotsunterlagen sind digital erhältlich und einzusehen ab sofort auf der Vergabepattform www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer VI/V-2018-066

Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen, Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –, 41050 Mönchengladbach, Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/25-8014) oder E-mail Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

19.03.2018, 10.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017

Die Submission findet am 19.03.2018, 10.30 Uhr, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Obergeschoss, Zimmer 2017, statt.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen (VOB).

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVB) über die Zahlungsweise wird besonders hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den letzten 2 Jahren nach dem Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder dem Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Voraussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigungen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den Vorgaben des § 4 (Tariftreuepflicht, Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der §§ 18 (Berücksichtigung sozialer Kriterien) und 19 (Frauenförderung) Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus werden folgende Unterlagen gefordert:

Bestätigung der Einwohnermeldebehörde über die Beantragung der Erteilung eines Auszuges aus dem Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes), welcher

- auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen ist.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes

vorzulegen. Die Vorlage ist zur Objektivierung der Eigenerklärung erforderlich

Über die im Angebotsschreiben enthaltenen Eigenerklärungen (Ziffer 8) hinaus sind folgende Nachweise mit dem Angebot vorzulegen:

- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse
- aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- gültige Handwerkskarte/Bescheinigung der IHK
- Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
- Liste vergleichbarer Referenzobjekte
- jahresdurchschnittlich beschäftigte Arbeitskräfte der letzten 3 Jahre
- Angaben zur technischen Ausrüstung für die Durchführung der Leistung
- Angaben zum für die Leistung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personal

Es werden Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben werden, zugelassen.

Es wird gebeten, die nachfolgende Verpflichtungserklärung auszufüllen und den nachfolgenden Nachweis beizufügen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen gem. TVgG,
- Nachweise zur Beitragsentrichtung zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien gemäß § 10 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Die Verpflichtungserklärung und der Nachweis sind, wenn sie nicht mit dem Angebot vorgelegt werden, vom Bestbieter auf Anforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage innerhalb der genannten Frist führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Zuschlagsfrist:

18.05.2018

Zu § 21a VOB/A: Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf, Am Bonnhof 35, 40474 Düsseldorf; Tel.: 0211/475-0; 0211/475-3637; Fax: 0211/475-3989.

Datum der Absendung der europaweiten Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 15.02.2018

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Offenes Verfahren

Die Stadt Mönchengladbach – Gebäude-
management Mönchengladbach
(GMMG) –, 41050 Mönchengladbach, ver-
gibt im Rahmen eines Offenen Verfahrens

Ort der Leistung:

Stadtgebiet Mönchengladbach

Art und Umfang der Leistung:

Unterhalts- und Glasreinigungsleistungen
für verschiedene städtische Gebäude

Aufteilung in Lose:

Ja

Art und Umfang der einzelnen Lose:

- 17 Fachlose Unterhaltsreinigungsleis-
tungen für verschiedene städtische Ge-
bäude
- 18 Fachlose Glasreinigungsleistungen
für verschiedene städtische Gebäude

Angebote sind möglich für:

alle Lose (optionale Loslimitierung)

Ausführungsfrist:

01.09.2018 bis 31.08.2023

Fachliche Auskunft erteilt:

Frau Jackszis, Telefon: 02161/25-9252

Die Angebotsunterlagen sind digital er-
hältlich und einzusehen ab sofort auf der
Vergabepattform www.evergabe.nrw.de
unter der Vergabenummer VI/V-2018-065
Bei Fragen zum Verfahren wenden Sie
sich bitte an das Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt – VI/V – Vergabestelle –,
41050 Mönchengladbach, Rathaus
Rheydt, Markt 11 (Eingang G), 2. Ober-
geschoss, Zimmer 2017 (Telefon 02161/
25-8014) oder E-mail
Zentrale-Vergabestelle-DezernatVI@
moenchengladbach.de

Ablauf der Angebotsfrist:

26.03.2018, 10.30 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:

Vergabestelle, Rath. Rheydt
Markt 11 (Eingang G)
2. Obergeschoss, Zimmer 2017
- schriftlich

Auf Ziffer 29 der städt. Bedingungen (ZVL)
über die Zahlungsweise wird besonders
hingewiesen.

Folgende Eignungsnachweise werden ge-
fordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

- Zahlung von Steuern sowie der Bei-
träge zur Sozialversicherung und zur
Berufsgenossenschaft,
- Straf- oder Bußgeldverfahren in den
letzten 2 Jahren nach dem Schwarz-
arbeiterbekämpfungsgesetz oder dem
Arbeitnehmerentsendegesetz
- Erfüllung der gewerberechtlichen Vor-
aussetzungen.
- Vorliegen gültiger Arbeitsgenehmigun-
gen.
- Verpflichtungserklärungen gemäß den
Vorgaben des § 4 (Tarifreuepflicht,
Mindestlohn) in Verbindung mit § 8 Tar-
ifreue- und Vergabegesetzes Nord-
rhein-Westfalen sowie der §§ 18
(Berücksichtigung sozialer Kriterien)
und 19 (Frauenförderung) Tarifreue-
und Vergabegesetz Nordrhein-West-
falensetz Nordrhein-Westfalen

Über diese Eigenerklärungen hinaus wer-
den folgende Unterlagen gefordert:

- eine Bestätigung der Einwohnermeld-
ebehörde über die Beantragung der
Erteilung eines Auszuges aus dem
Bundeszentralregister (§ 30 Abs. 5 des
Bundeszentralregistergesetzes). Aus-
ländische Bieter haben gleichwertige
Bescheinigungen ihres Herkunftsland-
es vorzulegen.
 - aktuelle Unbedenklichkeitsbescheini-
gung des Finanzamtes
 - aktuelle Unbedenklichkeitsbescheini-
gung der Berufsgenossenschaft
 - gültige Handwerkskarte/Bescheini-
gung der IHK
 - Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre
 - Liste vergleichbarer Referenzobjekte
 - jahresdurchschnittlich beschäftigte Ar-
beitskräfte der letzten 3 Jahre
 - Angaben zur technischen Ausrüstung
für die Durchführung der Leistung
 - Angaben zum für die Leistung und Auf-
sicht vorgesehenen technischen Per-
sonal
- Es werden Eignungsnachweise, die
durch Präqualifizierungsverfahren er-
worben werden zugelassen.

Folgende Nachweise aus dem Leistungs-
verzeichnis:

- Nachweis der Qualifikation der Auf-
sichtskräfte gemäß Ziffer 3 der Allge-
meinen Vorbemerkungen zum Lei-
stungsverzeichnis
- Nachweis der Qualifikation der Vor-
arbeiter gemäß Ziffer 3 der Allgemei-
nen Vorbemerkungen zum Leistungs-
verzeichnis
- Berechnung von Stundenverrech-
nungssätzen für sozialversicherung-
pflichtige und geringfügige Beschäfti-
gung
- Liste der eingesetzten Reinigungs-
mittel einschl. Sicherheitsdatenblatt,
techn. Datenblatt sowie eine Ge-
brauchsanweisung gemäß Ziffer 5.2
der Ergänzenden Vorbemerkungen
zum Leistungsverzeichnis

Zusätzlich ist vorzulegen:

- Verpflichtungserklärung zu Tarifreue
und Mindestentlohnung für Dienst- und
Bauleistungen gem. TVgG,
- Die Verpflichtungserklärung ist, wenn
sie nicht mit dem Angebot vorgelegt
wird, vom Bestbieter auf Anforderung
durch den Auftraggeber innerhalb von
5 Werktagen vorzulegen. Eine Nicht-
vorlage innerhalb der genannten Frist
führt zum Ausschluss des Angebotes.

Zuschlagskriterien:

100 % Preis

Bindefrist:

16.07.2018

Mit der Abgabe eines Angebots unterliegt
der Bewerber den Bestimmungen über
nicht berücksichtigte Angebote gem. § 19/
§22 EG VOL/A.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die
Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht
zugelassen (VOL).

Datum der Absendung der europaweiten
Bekanntmachung an das Amt für amtliche
Veröffentlichungen der Europäischen Ge-
meinschaften: 15.02.2018

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Dezernat Planen, Bauen,
Mobilität, Umwelt –

Bekanntmachung des Gebäudemanagements Mönchengladbach (GMMG)

Das Gebäudemanagement Mönchengladbach ist eine Einrichtung im Sinne des § 107 Abs. 2 S. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ohne Rechtspersönlichkeit und wird entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe und der Betriebssatzung vom 21.12.2017 geführt.

Gem. § 8 Abs. 3 der Betriebssatzung wird der Kreis der Vertretungsberechtigten und Beauftragten sowie der Umfang der Vertretungsberechtigung hiermit wie folgt bekannt gemacht:

1. Für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung allein vertretungsberechtigt ist der Betriebsleiter

Herr Stefan Greß.

Der Umfang dieser Vertretungsberechtigung ist inhaltlich nicht beschränkt.

2. Für den Fall der Verhinderung des Betriebsleiters wird er von der stellvertretenden Betriebsleitung

Frau Katja Becker

vertreten. Im Vertretungsfall ist die Vertretungsberechtigung nicht beschränkt. Im Übrigen kann die stellvertretende Betriebsleitung bei der Wahrnehmung der laufenden Betriebsführung Geschäfte ihrer Abteilung Vereinbarungen mit einem

Auftragswert von bis zu 30.000 € (jeweils) abschließen.

3. Im Falle der Verhinderung der Betriebsleitung und der stellvertretenden Betriebsleitung ist der Abteilungsleiter Herrn Raimund Eckers beauftragt, Vereinbarungen bis zu einer Höhe von 300.000 EUR je Einzelfall abzuschließen.

4. Im Rahmen der Wahrnehmung der laufenden Betriebsführung ihrer Abteilung sind die nachfolgend genannten Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beauftragt, Vereinbarungen mit einem Auftragswert von bis zu 30.000 € (jeweils) abzuschließen:

- a. Frau Carola Derrath
- b. Herr Dirk Faltin
- c. Herr Winfried Comanns
- d. Herr Raimund Eckers
- e. Herr Peter Heller

5. Mit der Personalbetreuung der Reinigungskräfte und der Hausmeister unter Einschluss des Abschlusses und der Kündigung von Arbeitsverträgen sowie der Vertretung vor den Arbeitsgerichten ist

Herr Peter Heller

beauftragt.

Mönchengladbach, den 19.01.2018

Hans Wilhelm Reiners Stefan Greß
Oberbürgermeister Betriebsleiter

Einladung

Die Mitglieder der Jagdgenossenschaft Mönchengladbach 1 werden hiermit eingeladen zur Hauptversammlung am

**Donnerstag, dem 22. März 2018 –
20.00 Uhr**

im Haus Heiligenpesch,
Mönchengladbach – Hehn

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Niederschrift über die Hauptversammlung vom 30.03.2017
3. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes
4. Jahresrechnung 2017/2018
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Genehmigung der Jahresrechnung 2017/2018
7. Entlastung des Vorstandes und des Kassenführers
8. Wahl eines Kassenprüfers
9. Haushaltsplan 2018/2019
10. Veränderungen im Revier 12 – Donk
11. Genehmigung von Jagderlaubnisscheinen
12. Neuwahl des Vorstandes und des stellvertr. Schriftführers sowie Bestätigung des Geschäftsführers
13. Verschiedenes

gez. Walter Pflipsen (Vorsitzender)



Stadt Mönchengladbach, 41050 Mönchengladbach
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt

„Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach“ - Herausgeber:
Der Oberbürgermeister – Fachbereich Personal, Organi-
sation und IT, Wilhelm-Strauß-Straße 50-52, 41236
Mönchengladbach, Telefon (02161) 25-2565 oder
25-2563. Das Amtsblatt erscheint in der Regel am 15.
und Letzten eines Monats. Der Jahresbezugspreis ein-
schließlich Postzustellgebühren beträgt 20,45 EURO,
zahlbar im Voraus nach Erhalt der Rechnung. Einzel-
exemplare werden im Fachbereich Personal, Organi-
sation und IT zum Preis von 0,77 EURO abgegeben. In den
Stadtbibliotheken und in den Bezirksverwaltungsstellen
liegt das Amtsblatt zur Einsichtnahme aus. Neu- bzw.
Abbestellungen nimmt Fachbereich Personal, Organi-
sation und IT nur schriftlich entgegen. Kündigungen sind
bis spätestens 30. November (Poststempel) nur zum
Ende des Jahres möglich.
Druck: Peter & Walter Pies, 41065 Mönchengladbach.

Aufgebot eines Sparkassenbuches

Für das nachstehend aufgeführte ver-
lorengegangene Sparkassenbuch, aus-
gestellt von der Stadtparkasse Mön-
chengladbach, ist die Kraftloserklärung
beantragt worden:

Sparkassenbuch-Nr.:

3411506359

Der/Die Inhaber/in des vorgenannten
Sparkassenbuches wird aufgefordert, bin-
nen drei Monaten, spätestens am 14. Mai
2018, seine/ihre Rechte anzumelden und
das Sparkassenbuch vorzulegen, andern-
falls wird dieses für kraftlos erklärt.

Mönchengladbach, den 15. Februar 2018

STADTSPARKASSE
MÖNCHENGLADBACH
Der Vorstand

Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches

Das nachstehend aufgeführte verloren-
gegangene Sparkassenbuch, ausgestellt
von der Stadtparkasse Mönchenglad-
bach, wurde am 7. Februar 2018 durch
Beschluss des Sparkassenvorstandes für
kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch-Nr.:

3500088418

Dieser Beschluss des Sparkassenvorstan-
des kann nur durch Klage nach Maßgabe
der §§ 957, 958 ZPO angefochten wer-
den.

Mönchengladbach, den 8. Februar 2018

STADTSPARKASSE
MÖNCHENGLADBACH
Der Vorstand